

Fast jeder hat sich schon einmal am Beamtendeutsch in Briefen von Kantonsbehörden und Gerichten die Zähne ausgebissen. Warum aber werden wir Bürger so gequält? Warum sind wir hinterher nicht schlauer, sondern wieder einmal verzweifelter, wenn Behörden Bescheide, Beschlüsse und Bekanntmachungen erlassen, die keiner versteht?

Nach einer Studie haben 87 Prozent der Basler Probleme mit dem Beamtendeutsch in Briefen von Behörden und Gerichten.

Auch 81 Prozent der Befragten mit Matura oder Hochschulabschluss verstehen bei vielen Fachbegriffen und Schachtelsätzen nur Bahnhof. Die Blähsprache vom Amt nervt und ärgert.

Es muss eine geheime Verschwörung geben. Verwaltungsbeamte, Juristen und Politiker haben sich offenbar vor einigen Jahrhunderten in die Hand versprochen, Bürger und Steuerzahler fortlaufend mit einem absurden Kauderwelsch zu quälen: mit Aussagen, die sich widersprechen, mit Satzgebilden, die eine komplette Seite füllen und mindestens fünfmal durchgearbeitet werden müssen, bevor man sie nachvollziehen kann.

Was aber sollten die Motive dieser wortwörtlichen Verschwörung sein? Schadenfreude, weil der einfache Bürger mal wieder der Depp ist? Liegt es am Leben im Beamtentum, weil die Insassen dieser Einrichtung nach langen Dienstjahren nicht mehr wissen, wie ausserhalb ihres Turmes gesprochen und geschrieben wird?

Und was unternehmen wir Politiker, um diesen Bürokratenmief abzuschütteln? Manche bemühen sich ja redlich, doch noch viel mehr von ihnen flüchten ins sogenannte Denglisch. Das macht die Sache nicht unbedingt besser.

Das grundsätzliche Problem immerhin ist erkannt. Und das ist ja schon, rein theoretisch betrachtet, die Grundlage für Einkehr und Kurswechsel. Städte wie Hamburg oder Bochum haben inzwischen Stellen und Stäbe eingerichtet, die die Entbürokratisierung vorantreiben sollen und durchaus erste Fortschritte vorweisen können. Andere Kommunen haben sich der vom Germanistischen Institut der Ruhr-Universität Bochum gegründeten Datenbank angeschlossen und lassen ihre Verordnungen vor Inkrafttreten auf Verständlichkeit überprüfen.

1. Warum werden Bescheide, Beschlüsse und Bekanntmachungen erlassen, die keiner versteht?
2. Kann die Basler Verwaltung die Entbürokratisierung vorantreiben und neue Schriften, die an den Bürger gehen, zuvor auf die Verständlichkeit überprüfen lassen?
3. Was meint die Regierung zu den von Eric Weber angesprochenen obigen Problemen?

Eric Weber